

Bundesamt für Aussenwirtschaft
Dienst Südosteuropa, Israel

Tur. 811 - kos

Bern, 16.11.1993

Notiz

Türkei: Der Kampf der PKK und seine Folgen für die türkische Wirtschaft

Geht an: Dossier Gemischter Ausschuss EFTA - Türkei, Genf 22./23.11.1993

1. Hintergrundinformationen

Die kurdische Arbeiterpartei (PKK, Partia Karkaren Kurdistan; zur Organisation siehe Beilage 1) wurde am 27. November 1978 gegründet und führt seit August 1984 einen bewaffneten Kampf mit dem Ziel die türkische Herrschaft im Südosten des Landes zu beenden.

Die PKK stützt sich dabei auf eine **Drei-Punkte-Strategie**:

- **bis 1995**: strategische **Verteidigung**, mit bewaffneter **Propaganda**, Attacken gegen Kollaborateure und **Vorbereitung** einer bewaffneten Bewegung.
- **1995 bis 2000**: Aufbau eines **Gleichgewichts der Kräfte**, Schaffung **befreiter Zonen**, Allianz mit der radikalen türkischen Linken, Gründung neuer bewaffneter Truppen und **grossangelegte Guerillaaktionen** (laut den Aussagen des Guerillachefs, Abdullah Oecalan, von Ende September hat diese Phase **bereits begonnen**).
- **Totale Offensive**, die bis zum Jahr 200 den Südosten der Türkei in einem **Volksaufstand** mit sich reisst.

Die Zahl der **professionellen Kämpfer** der Gebrigseinheit, so die Bezeichnung in offiziellen Schriften, wird auf **10'000 bis 15'000 Mann** geschätzt. Hinzu kommt eine rund **60'000 Mann** starke **Miliz**. Ein türkischer Bericht rechnet mit **350'000 Personen**, welche die PKK unterstützen oder mit ihr **sympathisieren** - etwa ein Fünftel aller Erwachsenen Südostanatoliens.

Präsident Oezal ahnte als erster, welchen Zündstoff das neuerwachte kurdische Nationalbewusstsein in sich barg. 1990 sprach er **öffentlich von den kurdischen Türken** und untergrub damit die vorherrschende kemalistische Ideologie, wonach in der türkischen Republik nur Türken leben. Der Taktiker wusste, dass die Zukunft seines Landes von einem Frieden zwischen der Türkei und den Kurden abhängig ist. Es wird angenommen, dass Oezal einen von der **PKK im März 1993 ausgerufenen Waffenstillstand** initiiert hat. Der Vorsitzende der **PKK** hatte seit letztem Frühling mehrmals erklärt, er **verlange keinen unabhängigen Kurdenstaat mehr**. Alleine eine kurdisch-türkische Föderation könne das Problem lösen könne. Doch mit dem Tod Oezals verblasste die Aussicht auf Frieden und der einseitig ausgerufene **Waffenstillstand** fand im Mai ein abruptes **Ende**. Die unerbittlichen **Kämpfe** wurden wieder **aufgenommen** und dehnten sich auf rund **ein Drittel des**



türkischen Territoriums aus. Der Kampf wird auf beiden Seiten mit einer Grausamkeit geführt, von der auch die Bevölkerung nicht verschont wird. Die Anzahl ungeklärter Morde an **Journalisten** (seit 1992: **14**), Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens ist in letzter Zeit in Südostanatolien stark angestiegen. In den ersten drei Monaten sollen 58 Zivilisten brutal ermordet worden sein. Insgesamt blieben **300** solcher **Morde** im Südosten **ungeklärt**. Ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht und es kommt immer wieder zu Massakern: **7'000 bis 20'000** - je nach Quelle - sollen seit 1984 **umgekommen** sein.

Ministerpräsidentin **Tansu Ciller** scheint nicht zu einer friedlichen Lösung Hand bieten zu wollen, obwohl sie sich einmal vor türkischen Journalisten beeindruckt vom "Baskenmodell" (einerseits Bekämpfung des Terrorismus, andererseits Ausdehnung administrativer und kultureller Autonomie) geäußert haben soll. Sie **leugnet** geflissentlich, dass es in der Türkei ein **Minderheitenproblem** gibt und spricht höchstens von einem Terrorismusproblem. Anlässlich ihrer Bestätigung als Vorsitzende der konservativen Partei des richtigen Wegs bekräftigte die Ministerpräsidentin am 20.11.93 mit einer erneuten Absage an den kurdischen Separatismus den Kampfkurs gegen die verbotene separatistische Arbeiterpartei Kurdistans. Auf Regierungsseite wiegt man sich im Glauben, dass die Türkei nach einer militärischen Vernichtung der PKK zur demokratischen Tagesordnung übergehen und eingeschränkte Reformen zur kurdischen Kultur einführen könne. Ein vom Parlamentpräsidenten einberufener "**Terrorgipfel**" blieb **ergebnislos**.

Die **Armee will das Problem militärisch lösen** und mit der **PKK bis Frühling 1994** aufräumen, so General Dogan Durres, Chef des Armee-Generalstabs. Dieser Erfolg wurde schon früher des öfteren angekündigt ohne je Realität zu werden. Die **PKK** erreicht damit was sie anstrebt, nämlich eine medienträchtige Eskalation des Konflikts. Die Regierung unterstützt auch die **Dorfwächter-Milizen** und die streng **fundamentalistischen "Hizbollahs"**. Diese Gruppierungen werden auch für Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht.

Die **PKK** ihrerseits verschrieb sich an einer Pressekonferenz ganz der Strategie eines **Guerillakrieges** und dohte mit verschärften **Angriffen auf wirtschaftliche und touristische Anlagen**. Ocalan kündigte an, er werde die Zahl der **PKK-Kämpfer** bis im Frühling von 15'000 auf 30'000 erhöhen und die tägliche Totenzahl bei Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und der **PKK** könne von zur Zeit 20 auf 50 ansteigen. Die **PKK** machte im laufenden Jahr mit verschiedenen **Aktionen** von sich reden:

- Sie **verbot türkischen wie ausländischen Korrespondenten den Zugang zum Südosten des Landes**, da diese sich weitgehend auf staatliche Quellen abstützen und so zum Propagandinstrument der Regierung verkommen würden.
- Mitte Oktober forderte der Kampf erstmals ein **Opfer im Generalsrang**: Der Kommandant der Region Diyarbakir wurde bei einem Einsatz erschossen, vermutlich von einem Heckenschützen.
- Im Juni und November führte die **PKK zwei Anschlagsserien in Westeuropa** durch: Der Vorfall mit einem Todesopfer vom 24. Juni vor der türkischen Botschaft in Bern führte zur Abberufung zuerst des türkischen und dann des schweizerischen Botschafters. Anfang November gab es sechs Anschläge mit Sachschäden auf türkische Lokale, Banken und Reisebüros in der Schweiz.

- Mit **Bombenanschlägen auf Touristenorte und 19 Entführungen ausländischer Touristen** (u.a. zwei Tessiner), die sich im Südosten des Landes aufhielten, machte die PKK ihre Drohung wahr, den Tourismus als "Geldquelle für die türkische Kriegsmaschinerie" zu bekämpfen und forderte einen Tourismusboykott.

2. Die PKK in der Schweiz

Die Schweiz gilt als **eines der wichtigsten PKK-Territorien**, obwohl - so ein Kurdenfunktionär in Zürich - es hier keine PKK gäbe. Die Schweiz gilt nicht nur als "spendefreudiges" Land für die Unterstützung des bewaffneten Kampfes (Monatlich soll die PKK in der Schweiz 200'000 bis 300'000 Franken eintreiben) - es wird PKK-intern auch als "Ruheraum" betrachtet. Von den etwa 74'000 unter "Türkei" registrierten Jahresaufenthalten und Niedergelassenen dürften nach Mutmassungen von Hilfswerken **rund 48'000 kurdischer Herkunft** sein; sie haben sich vor allem im Raum Basel (ca. 12'000), Zürich (rund 4'000 Kurden) und Bern niedergelassen. Es kam auch immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen unter Kurden in der Schweiz: 1985 schossen Anhänger der PKK und anderer Parteien aufeinander. Grosses Aufsehen erregte in diesem Jahr auch die Ermordung zweier Kurden in St. Gallen und Zürich. Die **PKK** wird oft als **Urheberin vieler Gewaltakte** und politisch motivierter **Schutzgelderpressungen** bei in der Schweiz wohnhaften Kurden genannt.

3. Die wirtschaftlichen Folgen für die Türkei

Aus Regierungskreisen hört man, dass die **Kosten des Kampfes mit der PKK** im laufenden Jahr mehr als **7,5 Mrd. US\$** (1992: 4,4 Mrd.) ausmachen werden. Die Türkei hält sich im Südosten eine mehr als 120'000 Mann starke Armee (mit 700'000 Mann insgesamt besitzt die Türkei die zweitgrösste Streitmacht der NATO), sowie 40'000 Dorfwächter-Milizionäre in den kurdischen Dörfern. Die Kosten der militärischen Operationen sind ebenfalls teuer: So kam eine etwas über einen Monat dauernde **Offensive** im Norden Iraks auf schätzungsweise **970 Mio. \$** zu stehen. Keine geringe Bürde für eine Wirtschaft mit einem Budgetdefizit von 8,9 Mrd. US\$ (fast 10% des erwarteten BSP) und einer jährlichen Inflationsrate von 67%.

Die Kosten sollen nächstes Jahr weiter steigen: Die Regierung plant den **Aufbau einer Elite-Armee von 60'000 Mann**, die ausschliesslich gegen die PKK eingesetzt werden soll. Gleichzeitig werden die Anti-Terrorismus-Sondereinheiten der Polizei von bisher 2'500 auf 15'000 Mann erhöht. Mit neuen Grenzposten, der Verlegung von Minen und elektrischen Zäunen soll die Grenze verriegelt werden.

Das **wirtschaftliche Leben** in den Kriegsgebieten **im Osten und Südosten** ist **fast zum Stillstand** gekommen. Der Generalsekretär der Handelskammer für den Südosten erklärt, dass sowohl die Arbeiter wie auch das Kapital die Gegend verlassen haben. 70% der Händler seien geflohen. Geschäftsleute aus der Gegend beklagen sich, dass sie fast keine Versicherungsdeckung mehr für ihre Geschäfte erhalten, denn das **Verlustrisiko** würde von den Versicherungen in die Nähe von **100%** gerückt. Die Zuglinie beim See von Van musste wegen wiederholter Angriffe der PKK stillgelegt werden. Immer mehr **Kurden** - je nach Quellen **6 bis 15 Mio.** - **wandern aus dem Krisengebiet ab**. Steter Ungewissheit, der Willkür zweier kompromissloser Gegner ausgesetzt und ohne Zukunftsaussichten (geschätzte **Arbeitslosigkeit von 80%**) ziehen sie in die wachsenden Kurdenviertel der Grossstädte. Nach vorsichtigen Schätzungen stammen rund 3 der 10 Millionen Einwohner Istanbuls aus dem Südosten, auch wenn die Hälfte davon sich kaum noch als Kurden

bezeichnen. Der Kurdenkonflikt droht auf die Städte überzugreifen, wenn sie dort nicht vor Verfolgung sicher sind. Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts will für die 17 kurdischen Abgeordneten und die Parteiführung der legalen aber PKK-nahen DEP die Todesstrafe. Die Schliessung der pro-kurdischen und PKK-nahen Tageszeitung "Freie Tagesordnung" wurde schon vom Gericht beschlossen. Die staatliche, gewaltsame Vertreibungspolitik beschleunigt diese Migration. Ein aus dem Jahre 1934 stammendes **Gesetz fordert die Entvölkerung der kurdischen Regionen**. Mit der Bombardierung kurdischer Dörfer durch die türkische Luftwaffe und Zwangsumsiedlungen, unter dem völkerrechtswidrigen Vorwand die Dörfer böten der PKK Unterschlupf, wird diesem Gesetz nach wie vor Geltung verschafft.

Aus den **Oelfeldern im Südosten** wird jährlich etwa 4 Mio. Tonnen Rohöl gefördert, was ca. **90% der nationalen Produktion** entspricht und 17% des Eigenkonsums darstellt. Die grossen **Sicherheitsprobleme** in der Stadt Batman, wo die Raffinerie steht, haben Förderung des Rohöls erschwert. Die amerikanische **Mobil Oil** gab bekannt, dass sie ihre **Operationen** im Gebiet **einzustellen**. Sie sei nicht länger bereit, ihre Leute in Gefahr zu bringen, und weigere sich andererseits aber auch, der PKK Schutzgelder zu bezahlen.

Im Jahr 1983 hat die Türkei die Arbeiten an ihrem ambitionösen **Südostanatolien-Projekt** (GAP) begonnen. Vorgesehen ist, das Wasser von Euphrat und Tigris mit insgesamt **22 Dämmen** zu stauen, um Energie zu gewinnen und riesige Landflächen zu bewässern. Kernstück des GAP-Projekts bildet der **Atatürk-Stausee** dessen Volumen etwa zehnmal dasjenige des Tiberiassees im Jordantal betragen soll. Die türkische Regierung beabsichtigt mit dem GAP-Projekt, das arme **Südostanatolien zur reichsten Kornkammer und zum mächtigsten Energieproduzenten der Region** zu machen. Es ist nicht anzunehmen, dass die türkische Regierung nach diesen kostenintensiven Investitionen den Kurden eine weitgehende Autonomie in dieser Gegend einräumen möchte - im Gegenteil. Der **Schweiz** wird von Kurden vorgeworfen, dass sie mittels der Exportrisikogarantie die **ABB-Beteiligung** am Bau des Atatürk-Staudammes im Kurdengebiet unterstützt.

Abdullah Oecalan, der Vorsitzende der PKK, kündigte am 28.09.1993 an einer Pressekonferenz verschärfte **Angriffe auf wirtschaftliche und touristische Anlagen**: Angriffe gegen Tourismusanlagen wie beispielsweise Hotels oder Feriendörfer würden intensiviert. Anschläge direkt gegen Feriengäste plant Oecalan nicht, doch weist er nach seinen Warnungen sibyllinisch die Verantwortung von sich, falls doch einmal, wie er wörtlich sagte, 50 oder 100 Ausländer den Tod finden sollten. Das Ministerium für Tourismus hatte für dieses Jahr Zuwachsraten bis zu 36% in Aussicht gestellt: 8 Mio. Touristen (1992: 5 Mio.) hätten dem Land rund 4,5 Mrd. US\$ (1992: 3,5 Mrd \$) Einnahmen beschern sollen. Die Zuwachsraten lagen im Mai noch bei 40%, sanken dann aber im nächsten Monat auf 7% und pendelten sich bis Ende August auf unter 20% ein. Ministerpräsidentin Ciller schätzt den diesjährigen **Schaden in der Tourismusbranche auf 1 Milliarde US\$**.

R. Koschmann

Beilagen erwähnt

Die wichtigsten Quellen:

- Beiträge der Schweizer Botschaft vom 21. und 25.10.93
- NZZ Folio, November 1993
- Jerusalem Post vom 12.11.93
- SOI-Bilanz 18/8
- NZZ Artikel vom 27.7, 31.08, 30.09. und 18.10.93
- BaZ vom 19.10.93
- TA vom 29. und 30.06.93
- Sonntagszeitung vom 29.08.93 und 05.09.1993
- Der Bund vom 14. und 28.08.93
- Die Weltwoche vom 3.06.1993
- Le Monde vom 25.08. und 20.10.93
- Nachrichten für Aussenhandel, 11.09.92